DAS FEMINISTISCHE BLATT

JAHRGANG 40
HERBST 3/2021
ISSN 0178-6083
D 3,30 EURO

WIR FRAUEN

WIR FRAUEN Magazin | Feministische Stadt | Herbst 2021 | Jahrgang 40 | www.wirfrauen.de | D 3,30 Euro | ISSN 0178-6083

Wir halten euch auch im Netz auf dem Laufenden.
www.wirfrauen.de
Folgt uns auf
twitter.com/Wir_Frauen

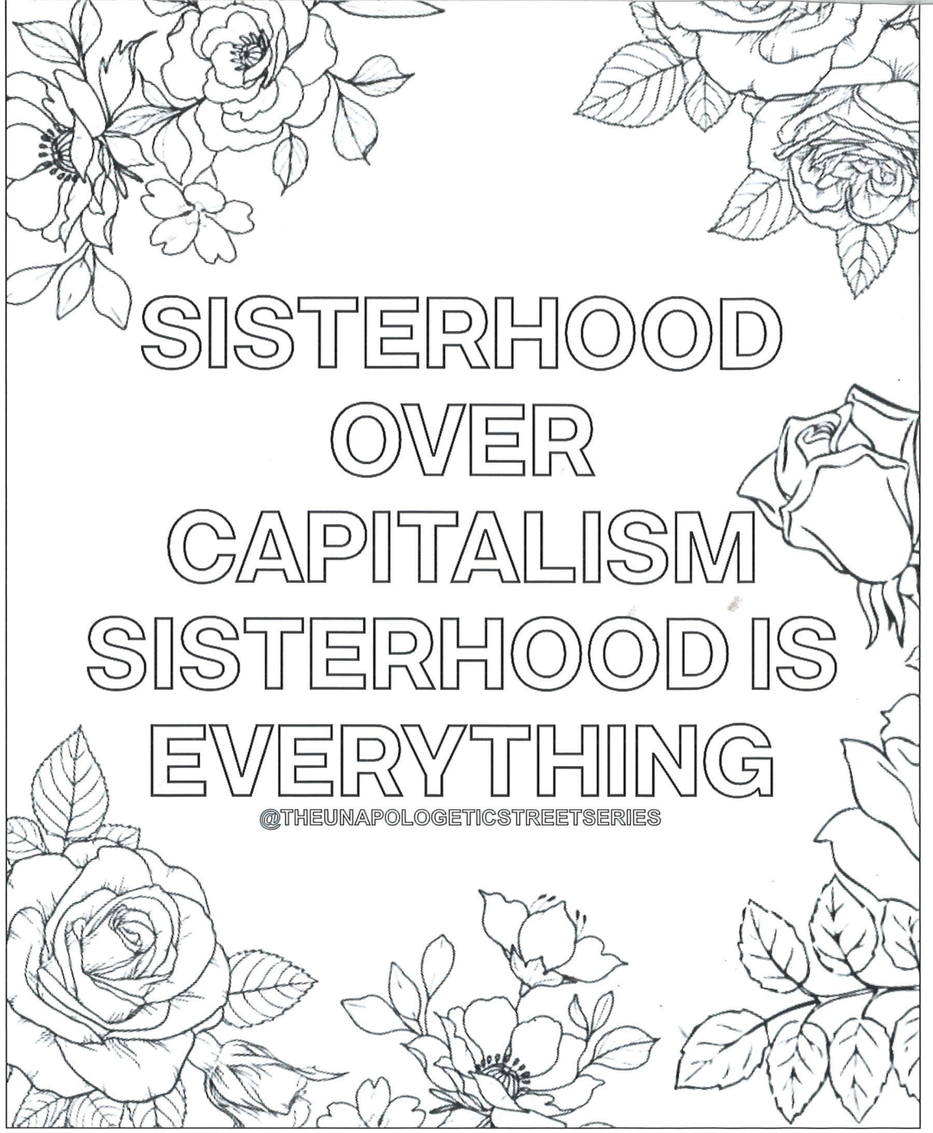
SCHWERPUNKT

FEMINISTISCHE STADT

Schlafplätze für alle!

Grüne Flächen selber machen

Kämpfe migrantischer Mieter*innen in West-Berlin



Das Plakat ist von der Künstlerin Johanna Toruño, die sagt: „Wir alle haben etwas zu diesem Kampf beizutragen."

Feministisches Ausmalbild zum Innehalten, Kraft schöpfen und Bestärken – für alle Feminist*innen, die in dieser Zeit laut sind, streiken und demonstrieren, Allianzen bilden, um Frieden ringen, aus Seenot retten, Sorgearbeit leisten, für ihre Rechte aufstehen, Wahlkampf machen, Petitionen und Artikel schreiben und was ihr sonst noch alles tut, um die Welt zu retten und zu einem gerechteren Ort zu machen.
Nicht vergessen: Auch Selbstfürsorge gehört zum Widerstand!

Impressum

Herausgeberin:
WIR FRAUEN – Verein zur Förderung von Frauenpublizistik e. V.,
Rochusstraße 43, 40479 Düsseldorf
info@wirfrauen.de, www.wirfrauen.de

Verantwortliche Redaktion:
Tina Berntsen, Gabriele Bischoff, Melanie Stitz

Redaktion:
Isolde Aigner, Jette Maria Floeth, Marion Gaidusch, Florence Hervé, Annegret Kunde, Mechthilde Vahsen, Daniela Weißkopf

Redaktionsbeirat
Ingeborg Nödinger, Kathrin Schultz, Anna Schiff, Elena Simon, Katharina Volk

Cover:
Pinta Malasaña 2018 - urbanes Kunstfestival, Madrid; Foto: Sergio Rodriguez - Portugues del Olmo / Unsplash

Namentlich gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Satz und Layout:
Kerstin Müller-Schiel

Druck:
Basis Druck, Duisburg

Abo-Verwaltung:
WIR FRAUEN e. V., Anke Pfromm,
Postfach 10 27 02, 44727 Bochum
Fax: 02 34 - 4 38 69 19, AB: 02 34 - 438 69 20
Bei Umzug bitte die neue Adresse mitteilen

Jahresbezugspreis:
Postvertriebsstück jährlich 16,00 Euro
Förder-Abo jährlich 26,00 Euro

Konto für Abonnements und Spenden:
Inhaberin: WIR FRAUEN e. V., GLS Bank
IBAN: DE76 4306 0967 4065 7496 00
BIC: GENODEM1GLS

Kündigungen müssen 6 Wochen vor Jahresende schriftlich beim Verein eingehen.

ISSN 0178-6083

Liebe Frauen,

die Wissenschaftlerin Christine Meltzer wollte herausfinden, ob Medien zur „Verhütung" von Gewalttaten gegen Frauen beitragen und die „Achtung der Würde der Opfer" erhöhen, wie die Istanbul-Konvention vorschreibt. Dafür hat sie knapp 3.500 Zeitungstexte aus Januar 2015 bis Juni 2019 untersucht. Die von der Otto-Brenner-Stiftung veröffentlichte Studie „Tragische Einzelfälle? Wie Medien über Gewalt an Frauen berichten" fasst Meltzer so zusammen: „Gewalt gegen Frauen wird nur dann in den Medien aufgegriffen, wenn sie eine besonders brutale Form annimmt und etwa mit dem Tod des Opfers endet." So ist es wichtig, die vorgestellten Einzelfälle strukturell einzuordnen und die Kriminalstatistiken zu berücksichtigen.
Wobei die Tagespresse in „guter" Gesellschaft ist: Eine Untersuchung offenbart, Deutschland setzt die Istanbul-Konvention mangelhaft um. Weibliche Asylsuchende und ihre geschlechtsspezifischen Fluchtgründe werden kaum in den Blick genommen. Es bleibt noch viel zu tun, so PRO ASYL, um allen Frauen in Deutschland ein Leben in Sicherheit und Würde zu ermöglichen. Die Bundesregierung sollte sich auch dafür einsetzen, dass „ein Europa frei von Gewalt gegen Frauen", wie es in der Konvention als Ziel formuliert ist, Realität wird. Dazu braucht es grundlegende Änderungen in der Europäischen Asylpolitik. Die Entwicklungen in Afghanistan zeigen einmal mehr, wie dringend notwendig das ist!

Doch es gibt auch Anlass zur Freude: Unsere geschätzte Kollegin Florence Hervé erhält am 12. Dezember den Luise-Büchner-Preis für Publizistik. Die deutsch-französische Germanistin und Feministin engagiert sich seit Beginn ihrer publizistischen Tätigkeiten als Autorin, Journalistin und Übersetzerin für Geschlechtergerechtigkeit. Seit den 70er Jahren ist sie darüber hinaus in der europäischen und internationalen Frauenbewegung politisch aktiv: Sie war u. a. eine der Mitbegründerinnen der Demokratischen Fraueninitiative und gehörte in den 90er Jahren zur Leitung der Internationalen Demokratischen Frauenföderation. Wir freuen uns sehr mit Florence – die Auszeichnung ist so verdient!

Noch ein Glückwunsch: Unsere Redakteurin Melanie Stitz vollendet im Oktober das 50. Lebensjahr. Seit über 20 Jahren arbeitet sie bei der WIR FRAUEN mit, ihr verdanken wir viele Ideen für Schwerpunktthemen, die sie aus ihren feministischen und sozialen Kreisen in die Redaktion trägt. Melanie handelt und denkt in vernetzenden Strukturen, ist solidarisch und entdeckt Oberflächlichkeiten, wo Tiefgang gefragt ist. Liebe Melanie, wir sind froh, dass es Dich gibt!
Auch Rückmeldungen von Leser*innen bestärken uns in unserem Tun! Zwei Zuschriften teilen wir auf S. 34 und erinnern daran, dass WIR FRAUEN sich allein über Abos und Spenden finanziert. In diesem Sinne ist unser Feminismus käuflich und damit weitestgehend unabhängig.

Solidarisch-feministische Grüße,
eure WIR FRAUEN-Redaktion

Inhalt

Schwerpunkt: Feministische Stadt

6 *Feministische Stadt*
8 *Das Recht selbst geltend gemacht*
10 *Schlafplätze für alle!*
12 *„Dieses System könnte ganz anders aussehen"*
14 *Grüne Flächen selber machen*
16 *Gleichstellungspolitik, die sich im Stadtbild niederschlägt*

Meine feministische Wahrheit

18 *Was ist bei den Lesben* los? Lesbenfrühlingstreffen 2021 transfeindlich?*

Krieg & Frieden

20 *Frauenrechte in Gefahr: Alltag in Kabul*
22 *Feministische Kehrtwende in Argentiniens Regierungspolitik?*

WHO CARES?! Kämpfe um Reproduktion

24 *Doppelmoral im Pflegesektor: Systemrelevant aber ausgebeutet*
25 *Uns könnt Ihr Euch nicht sparen!*
25 *Wann, wenn nicht jetzt!*

Herstory

26 *„Krüppelfrauen: erobern wir uns den Tag"*

Kultur

28 *Frauen.Bewegen.Geschichte.*
29 *Mutter! – ein internationales Ausstellungsprojekt*

Projekte

30 *#HackSexism*

Gesehen

31 *May, die dritte Frau*

Daten und Taten

35 *Yvonne Useldinger / Muriel Gardiner*

... und sonst
4 *Hexenfunk*
32 *Gehört/ Gelesen*
34 *Ihr an uns*

„Dieses System könnte ganz anders aussehen“

Foto: Christopher Glanzl

Gabu Heindl ist Architektin, Stadtplanerin und Aktivistin. **Tyma Kraitt** sprach mit ihr über ihr Buch *Stadtkonflikte*, Public-private-Partnerships und das Rote Wien.

STADTKONFLIKTE. *Radikale Demokratie in Architektur und Stadtplanung,* Wien: Mandelbaum, 2020, 270 S.

Derzeit arbeitet ihr Büro GABU Heindl Architektur an der Fertigstellung der Studie *Gerechte Stadt muss sein!* im Auftrag der Arbeiterkammer Wien.

› **Tyma Kraitt | In *Stadtkonflikte* beschäftigst du dich mit dem Verhältnis von Demokratie und Stadtplanung. Was können wir uns eigentlich unter einer demokratisch engagierten Stadtplanung vorstellen?**

Gabu Heindl | Einer Stadtplanung im Sinn von radikaler Demokratie geht es um die Vertiefung von Demokratie, also mehr davon, gerade in Zeiten, wo sie durch Neoliberalismus und Rechtsruck in der Krise ist. Es geht um ein Freisetzen von Spielräumen im Widerspruch zur entgrenzten Macht des Kapitals. Gerade in Hinblick auf Menschen, die intersektional marginalisiert sind, die finanziell schwach sind – aber längst nicht nur. Oft sind das nach wie vor Frauen, auch Menschen, die flüchten mussten. Wichtig ist, dabei nicht paternalistisch fürsorglich vorzugehen, oder einfach bloß mehr Unterstützungsmaßnahmen einzufordern. Es geht vielmehr um ein Planen mit den Menschen. Das ist klarerweise schwierig, da Stadtplanung oft eine extrem strategische Planung ist. Es geht also zuallererst um bezahlbaren Wohnraum und dann darum, wie man Freiräume öffnen kann, damit Leute sich tatsächlich selbst einbringen können und ausreichend Raum vorfinden, um entscheiden zu können, wo und wie sie leben wollen. Oder auch, wie sie Arbeit und Wohnen verbinden wollen. Das alles ist auf vielen Ebenen häufig nicht garantiert, nicht nur offensichtlich auf der ökonomischen.

Public-private-Partnerships, die in deinem Buch viel Raum einnehmen, gelten gemeinhin als Synonym neoliberaler Stadtpolitik. Welche Folgen haben solche Partnerschaften im städtischen Raum?

Public-private-Partnerships, kurz PPP, haben mich eigentlich zum Schreiben dieses Buches bewegt. Wie kann es dazu kommen, dass neue Schulcampusanlagen in Wien als PPP gebaut werden? Und zwar ausgerechnet in einer Stadt, die 100 Jahre Rotes Wien abfeiert, und es zugleich nicht mehr schafft, grundlegende Gemeingüter wie Schulen selbst zu bauen, sondern sich private Partner dafür sucht. Im Grunde genommen sind PPP Finanzprodukte. Analytisch gesprochen ist es für Private wunderbar, in öffentliche Infrastruktur, die auch öffentlich gewährleistet werden muss, zu investieren. Gewinne lassen sich hier leicht abschöpfen. Wenn dies nicht mehr geht, springt die Öffentlichkeit meist ein und kollektiviert die Verluste. PPP sind die Umverteilung von öffentlich zu privat und letztlich von unten nach oben. Also genau in die falsche Richtung. Schlimm ist: Die Verantwortlichen wissen das, behaupten aber, dass es keine Alternative zur öffentlichen Austeritätspolitik gibt. Wenn Bezirksämter verkauft werden sollen und in diesen schönen Häusern Wohnungen, wahrscheinlich Luxuswohnungen, eingebaut werden und sich dann das Bezirksamt in Privatimmobilien einmieten muss, dann ist das eine Umverteilung von öffentlichen Geldern zu Betongold.

Das Rote Wien ist ein wichtiger Bezugspunkt für dich. Siehst du aktuell Kontinuitäten zwischen damaligen und heutigen Ausschlussmechanismen in Wien?

Mein Interesse geht von den heutigen Ausschlussmechanismen im Wohnen aus. Was mich daran verblüfft hat war, dass es schon beim Gemeindebau des Roten Wien der 1920er Jahre mehr Zugangspunkte für Wienerinnen und Wiener gab. In der Migrationsgesellschaft, damals wie heute, ist es natürlich absurd, das Recht auf Wohnen von der Herkunft abhängig zu machen. Man muss es auch beim Namen nennen: Das ist im Grunde eine Viennese-first-Politik. Wir schimpfen über Trumps America-first-Politik, und gleichzeitig ist das nichts anderes. Denken wir das strukturell mit den, zugegeben, vom Bund geregelten Befristungsmöglichkeiten am freien Markt zusammen. Konkret heißt das: Weil neu Zugezogene eigentlich nichts anderes als befristete Wohnungen finden, machen es die Befristungen bis zu drei Jahren den Leuten praktisch unmöglich, für die fünf, zehn oder fünfzehn Jahre an derselben Adresse gemeldet zu sein. Durchgängige Meldezeit ist eine der Voraussetzungen, um in den Genuss des Wiener Sozialen Wohnbaus zu kommen. Solche ungerechten Ausschlusskriterien hätten längst abgebaut werden müssen – aber auch die Befristungen und Lagezuschläge müssen weg!

Außerdem gibt es das Problem, dass in Bezug auf ihr Einkommen 80 Prozent der in Wien lebenden Menschen Anspruch auf eine geförderte Wohnung hätten, es aber nur für 60 Prozent Wohnungen gibt. Die Verteilungsfrage steht hier im Raum. Wer bekommt den Zugang? Im Moment ist es so, dass man informiert sein und Kontakte haben muss. Oftmals benötigt man entsprechendes Kapital, um Finanzierungsbeiträge zu leisten. Das schließt viele aus.

Da sind wir schon bei den Alternativen. Eine Stadtpolitik im Kapitalismus ohne soziale Ausschlussmechanismen, geht das überhaupt?

Ich halte die sogenannten Sanctuary Cities für ein gutes Modell. Diese Städte versuchen innerhalb ihrer politischen Möglichkeiten, allen dort lebenden Menschen gleiche Rechte zu gewähren. Schwierig wird es da, wo Bundesgesetze dem zuwiderlaufen. Trotzdem lässt sich stadtpolitisch viel tun, etwa in Hinblick auf Wohnungspolitik, inklusives Wahlrecht auf Gemeindeebene oder Zugang zu den verschiedensten Gemeindefunktionen. Ich denke, Wien hat ein bisschen das Gefühl, dass es bereits *sanctuary* ist. Aber Wien ist nicht nur nicht in dem Sanctuary-Cities-Netzwerk, sondern ist auch noch ein ganzes Stück davon entfernt.

International gilt die Wiener Wohnpolitik als Vorreiterin. Wie bewertest du die internationale Rezeption Wiens?

Believe it or not – ich klinge bei meinen Vortragstätigkeiten im Ausland wie eine Wien-Werbetrommel. Es gibt ja in Wien ein hohes Ausmaß an sozialem Wohnbau und eine gute Unterstützungsstruktur. Ich »trommle« das aber immer auch mit der nötigen Portion Kritik. Wir sollten es nicht akzeptieren, dass trotz der guten Basis zugesehen wird, wie sich im letzten Jahrzehnt das Verhältnis im Neubau von Sozial- zu Privatwohnungen umgedreht hat, wie ungehindert die Spekulation von Überschusskapital mit Wohnraum zunimmt. Es entstehen sehr viele Privatwohnungen auf dem Markt, die ihrerseits zu einer Mietpreisexplosion geführt haben. Verschärft hat sich die Situation aufgrund des Bevölkerungszuwachses. Immer mehr Leute haben Wohnungen gesucht, während der geförderte Wohnbau geringer ausfiel und Anlegerwohnungen – zum Leerstehen gekauft – produziert wurden. Jede genehmigte Privatwohnung steht anstelle einer geförderten. Wir brauchen eine proaktivere Stadtplanung, die sich sagt: Solange Leute keine bezahlbaren Wohnungen finden, wollen wir zwar den privaten Wohnbau nicht verbieten, aber ihn jedenfalls nicht auch noch unterstützen. Die Widmungskategorie geförderter Wohnbau ist ein erster Schritt in diese Richtung. In diesem Zusammenhang lohnt ein Blick auf die Zeit unmittelbar vor dem Roten Wien. Schon vor dem Ersten Weltkriegs gab es einen rigiden Mieterschutz, es war schlicht nicht möglich, aus Mieten Profit zu schlagen. Die Folge war, dass Private gar nicht erst bauen wollten und die Grundstückspreise gesunken sind. Statt daraufhin den Privaten unter die Arme zu greifen, Incentives zu schaffen, sie steuerlich zu entlasten, ihnen Grundstücke zu schenken, hat das Rote Wien vor 100 Jahren die günstigen Grundstücke selbst gekauft und gebaut. Man sollte heute auf Stadtebene also darauf schauen, dass nicht mit Mieten spekuliert wird. Wenn man von Mieten nicht mehr profitieren kann, interessieren sie das Kapital auch nicht mehr. Und wenn der Druck von dieser Seite wegfällt, könnte das System ganz anders aussehen.

Das Interview erschien zuerst bei *TAGEBUCH* – Zeitschrift für Auseinandersetzung (3/2020) und kann dort in voller Länge gelesen werden unter *https://tagebuch.at/politik/dieses-system-koennte-ganz-anders-aussehen*. Wir danken der *TAGEBUCH*-Redaktion für die freundliche Abdruckgenehmigung!